

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Zu der vereinbarten Debatte über Extremismus und Gewalt

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Asyl- und Flüchtlingsproblematik zu kommen. Das heißt zuallererst, das Gerede vom massenhaften „Asylmißbrauch“ einzustellen, die Zahlenspieleereien mit Anerkennungsquoten, daraus abgeleiteten Mißbrauchszahlen und „illegalen Zuwanderern“ zu beenden. In den Vordergrund aller öffentlichen Verlautbarungen müssen Fluchtursachen, rechtliche Ansprüche und tatsächliche Lage der Asylbewerberinnen und Asylbewerber hier und in ihren Heimatländern treten. Auf diese Weise kann auch die Bundesregierung einen Beitrag zur Förderung der Hilfs- und Aufnahmebereitschaft leisten, die sich nicht in Gnadenakten erschöpfen.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Eingriffe in das Grundgesetz nicht weiter als Maßnahmen zur Lösung der Flüchtlings- und Asylprobleme zu betreiben und mit diesem Schritt deutlich zu machen, daß sie dem Druck der Straße, der Drohung mit und Ausübung von Gewalt gegenüber Ausländerinnen und Ausländern nicht weiter nachgeben wird.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort die „Stiftung für Opfer ausländerfeindlicher und rassistischer Übergriffe“ (Drucksache 12/2084) ins Leben zu rufen und den bisher Geschädigten Wiedergutmachung zukommen zu lassen.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Diskriminierung und Kriminalisierung antifaschistischer und antirassistischer Initiativen und Politik zu beenden. Die Bundesrepublik Deutschland erlebt gegenwärtig keine Welle „extremistischer Gewalt“; rechtsradikale und rassistische Aktionen gefährden seit Monaten Leben und Gesundheit der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Widerstand dagegen kann und darf nicht unter der verschleiernnden Floskel „extremistische Gewalt“ auf dieselbe Ebene gestellt werden.
5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Diskussion um Gesetzesverschärfungen, neue Polizeibefugnisse und Polizei-

einheiten als Maßnahmen gegen „extremistische Gewalt“ zu beenden. Das Vorhandene ist mehr als genug; bisher fehlt der politische Wille, es gezielt gegen rechts einzusetzen.

Gefordert sind politische und soziale Maßnahmen sowie die Ermunterung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger zur Solidarität mit ausländischen Bürgerinnen und Bürgern und zum Widerstand gegen Rassismus und Neofaschismus.

6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, beispielhafte Solidaritätsaktionen gegen Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zu dokumentieren und zu verbreiten.

Bonn, den 7. Oktober 1992

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Zu Nummern 1 bis 3

An Verfassungsschutzberichten und Zeitungsmeldungen läßt sich ziemlich problemlos ablesen, wie sich Intensivierung der sogenannten Asyldebatte und rassistische und ausländerfeindliche Aktionen in den letzten Monaten hochgeschaukelt haben. Auch wer die Meinung nicht teilt, letzten Endes sei es die Regierungspolitik, die die Pogrome mitgeschürt habe, muß erkennen, daß von seiten der Regierung bisher keine Initiative ergriffen worden ist, mäßigend auf die öffentliche Stimmung einzuwirken.

Den Gewalttätern von Rostock und der beifallklatschenden Menge wird im Gegenteil signalisiert, das Objekt ihrer lebensgefährdenden Aktionen – Asylsuchende und Flüchtlinge – aus der Bundesrepublik Deutschland herauszuschaffen: durch Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, durch internationale und bilaterale Abkommen über einfachere Abschiebungen. Wo das nicht unmittelbar zu machen ist, sollen sie wenigstens aus Wohngebieten verschwinden und noch etwas inhumaner behandelt werden.

Die gesamte öffentliche Diskussion ist seit Jahren vollständig eingeschränkt auf eine Auseinandersetzung um Zahlen und gerade hierin wird sie immer wieder mit Material aus regierungs-offiziellen Stellen gespeist. Selbst wenn es nicht der Intention der Regierung entspräche, würde auf diese Weise Öl ins Feuer gegossen. Die realen Probleme verschwinden und die Regierung bietet nur noch einen Lösungsweg an: Eindämmung, Abschiebung, Einschränkung.

Verantwortungsvoller Umgang mit den Problemen kann – gerade angesichts monatelanger pogromartiger Krawalle – nur heißen, daß unvoreingenommen informiert und nicht desinformiert wird.

Der Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, gibt in seiner Erklärung zum Abschluß des deutsch-rumänischen Abkommens ein geradezu klassisches Beispiel. Das Anwachsen der Asyl-

bewerberinnen und Asylbewerber aus Rumänien wird konfrontiert mit der Feststellung, daß die Anerkennungsquote im Asylverfahren derzeit bei 0,2 Prozent liege. Die 99,8 Prozent nicht anerkannter Rumänen, so wird suggeriert, sind Illegale bzw. berufen sich „mißbräuchlich“ auf das Asylrecht. Der Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, verschweigt, daß diese Zahl weder für die tatsächliche Verfolgung einzelner besonders aussagekräftig ist, noch etwas über die Situation in Rumänien selbst aussagt. Sie sagt allenfalls etwas aus über die gegenwärtige Entscheidungspraxis in der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Praxis, begleitet von durch nichts zu rechtfertigenden Reden von dem „ausländerfreundlichen Deutschland“ muß endlich beendet werden, wenn die Regierung den Geruch der Erfüllungsgehilfin der rassistischen Randalierer loswerden will. Völlig unangebracht ist es, wenn die Regierung auf Vorwürfe in diese Richtung mit Arroganz und Selbstgerechtigkeit reagiert, wie zuletzt in ihrer Antwort auf Kritik des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Bubis. Er hatte davon gesprochen, daß die „einigen tausend Krawallmacher“ durch den „politischen Kurswechsel ermuntert“ werden würden, „weiter Druck zu machen“. Die Bundesregierung, so ihr Pressesprecher, brauche sich nicht vorhalten zu lassen, daß sie etwas versäume. Bubis habe eine etwas eigenartige Vorstellung von den Möglichkeiten, die eine Bundesregierung habe. Sie (die Regierung) habe die Gewalttaten verurteilt. Scharf sogar. Die konkreten Schritte lägen bei den Bundesländern (Frankfurter Rundschau 6. Oktober 1992).

Die Punkte 1 bis 3 sind u.E. ein geeigneter Anfang für die Bundesregierung, in dieser Situation ihre spezifischen Möglichkeiten zu ergreifen, um die öffentliche Stimmung nicht weiter anzuheizen und politische Signale für eine Umkehr zu setzen.

Zu Nummern 4 und 5

In Verfassungsschutzberichten und darauf basierenden politischen Verlautbarungen tauchen Antifaschismus und Antirassismus als bloßer Vorwand und Aufhänger autonomer bzw. linksextremistischer Gruppen auf, die ihren Einfluß vergrößern wollten.

Antifaschistische und antirassistische Aktionen stehen trotz anhaltender rassistischer Gewalt unter intensivster polizeilicher und staatsschützerischer Beobachtung, Einschränkung und Behinderung. Wunsiedel/Rudolstadt und Rostock sind dabei nur die bekanntesten Beispiele. Das Gerede von der Bedrohung durch „extremistische Gewalt“ läßt den notwendigen Widerstand gegen rassistische Ausschreitungen und Krawalle ebenfalls als Bedrohung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erscheinen. Anstatt die Bürgerinnen und Bürger aufzufordern, für die Sicherheit aller in diesem Lande einzutreten und die Ausländerinnen und Ausländer zu schützen, werden Ausländerinnen und Ausländer auch in diesem Zusammenhang noch als Problem dargestellt, um das sich Linke und Rechte, Extremisten also, schlagen.

Dieses Bild wird auch dazu genutzt, um die weitergehenden Vorstellungen zur Inneren Sicherheit durchzusetzen. Dagegen

muß klargestellt werden, daß die bisherigen juristischen und polizeilichen Mittel mehr als ausreichend sind, um gegen Brandstifter, Volksverhetzer und deren Organisationen vorzugehen. Der Verdacht drängt sich auf, daß auch in diesem Sinne die Gunst der Stunde genutzt werden soll, um die Erweiterung von Polizeibefugnissen und die Einschränkung demokratischer Rechte zu erreichen. Angesichts der bisherigen politischen Versäumnisse und dem Unwillen der Regierung, die ihr zur Verfügung stehenden politischen und finanziellen Mittel einzusetzen gegen Aufkommen und Anwachsen des Rassismus, der Ausländerfeindlichkeit und des Neofaschismus, wird die Aufrüstung von Polizei und Justiz nur mehr Polizeistaat und weniger Demokratie bringen.

Zu Nummer 6

„Wir sind Gebende und Nehmende zugleich“

„Mit allen Familien haben wir Freundschaft geschlossen“

„Wir konnten auch andere Mitbürger als Helfer motivieren“

„Unsere Bemühungen setzen wir auch zukünftig fort“

„Die soziale Einbindung ist ein wichtiges Anliegen“

„Die Gemeinde sorgte in allen drei Gemeindeteilen für preiswertes Bauland“

„Drei Probleme sind zu lösen: Wohnraum, Arbeitsplätze, Integration“

„Die Bevölkerung wurde auf die Aufnahme der neuen Mitbürger vorbereitet“

...

So lauten einige der Überschriften in einer fast hundertseitigen Hochglanzdokumentation des Bundesministers des Innern zur „Vorbildlichen Integration von Aussiedlern“.

Im Geleitwort schreibt der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt:

Die „besondere rechtliche, historische, aber auch moralische Verpflichtung auch in einer Zeit deutlich zu machen, in der in hohem Maße Ausländer, vor allem als Asylbewerber, in unser Land kommen, ist vielfach nicht einfach und manchmal wenig populär. Dies beruht zu einem wesentlichen Teil auf einem in der einheimischen Bevölkerung bestehenden Informationsdefizit über die Personengruppen ... und deren Schicksal. In diesem Bereich ist nach wie vor noch viel Arbeit zu leisten.“

Eine Dokumentation von Solidaritätsaktionen mit Ausländerinnen und Ausländern und vorbildlicher Auseinandersetzung mit Rassismus und Neofaschismus mit der zitierten Zielsetzung sollte zur jährlichen Aufgabe der Bundesregierung gehören.